

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 09.03.2017, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:55 Uhr**

| | | Seite |
|----|--|-------|
| . | <u>I. Öffentlicher Teil</u> | |
| 1. | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner | 5 |
| 2. | Projekte des Gesundheitsamtes zur frühen Förderung der Bewegung und gesunden Ernährung im Kindesalter 191/2017 | 6 |
| 3. | Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht 216/2017 | 7 |
| 4. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 für das Jobcenter Kreis Warendorf 217/2017 | 9 |
| 5. | Konzept gegen den Fachkräftemangel: Erwerbstätigkeit von Frauen 215/2017 | 10 |
| 6. | Entwurf des Rahmenkonzeptes "Quartiersentwicklung im Kreis Warendorf" 214/2017 | 11 |
| 7. | Ausbau der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen/Stärkung des Ziels "ambulanz vor stationär" 218/2017 | 13 |
| . | <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | |
| 1. | Änderung der Vereinbarungen mit den Frauenberatungsstellen in Beckum und Warendorf 196/2017 | 14 |

- 2.** Änderung der Vereinbarung mit der Diakonie **197/2017** **15**
Gütersloh über Schuldnerberatung

Anlagen

- Anlage 1 Projekte des Gesundheitsamtes zur frühen Förderung der Bewegung und einer gesunden Ernährung im Kindesalter
- Anlage 2 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 3 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017
- Anlage 4 Konzept gegen den Fachkräftemangel: Erwerbsfähigkeit von Frauen

Anwesend:

| Ausschussmitglieder |
|------------------------------------|
| Aydemir, Ergül |
| Blömker, Franz-Ludwig |
| Geiger, Andrea |
| Harrendorf-Vorländer, Birgit |
| Hein-Kötter, Dorothea |
| Hohmann de Palma, Ingrid |
| Hövelmann, Volker |
| Lehnert, Susanne Dr. |
| Schindler, Ron |
| Schmelter, Marion |
| Steinkolk, Uwe |
| Stöppel, Gregor |
| Strübbe, Robert |
| stellv. Ausschussmitglieder |
| Luster-Haggeney, Rudolf |
| Mindermann, Ursula |
| Schulte, Stephan |
| von der Verwaltung |
| Baldus, Beate |
| Börger, Heinz Dr. |
| Hahnraath, Johanna |
| Hanewinkel, Martin |
| Hückelheim, Wolfgang Dr. |
| Klausmeier, Brigitte |
| Lummer, Petra |
| Middendorf, Anne |
| Schabhüser, Helmut |
| Schlautmann, Elke |
| Uhkötter, Richard |

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Birkhahn, Astrid

Heringloh-Poll, Norbert

Hermans, Pia

Strecker, Rita

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 22.02.2017 form- und fristgerecht erfolgt ist.

Daneben liegen eine Anfrage zu TOP 4 und ein Antrag zu TOP 6 der SPD-Kreistagsfraktion vor.

Frau Hohmann de Palma teilt mit, dass die Anfrage zum Unterhaltsvorschuss vom 06.03.2017 nur im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien am 13.03.2017 behandelt werden soll.

| |
|-----------------------------|
| I. Öffentlicher Teil |
|-----------------------------|

| |
|--|
| 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
|--|

Es wurden keine Fragen gestellt.

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 2. | Projekte des Gesundheitsamtes zur frühen Förderung der Bewegung und gesunden Ernährung im Kindesalter | 191/2017 |
|-----------|--|-----------------|

Frau Lummer erläutert verschiedene Projekte des Gesundheitsamtes zur frühen Förderung der Bewegung und einer gesunden Ernährung im Kindesalter (Anlage 1).

Zum Projekt Kindergarten in Bewegung ergänzt sie, dass 3 Monate vor Projektende Schnuppergutscheine an die Projektkinder herausgegeben werden, die eine 6-monatige kostenlose Anbindung an einen Sportverein ermöglichen. Dieser Gutschein werde von circa 15 – 20 % der Kinder genutzt.

Auf Nachfrage von Frau Geiger teilt sie mit, dass zur geringen Einlösung der Gutscheine seitens der Kindergartenleitungen unterschiedliche Gründe wie zum Beispiel Berufstätigkeit der Eltern, nicht vorhandenes Auto oder der bevorstehende Schulalltag genannt wurden.

Herr Schmal, Vorsitzender des Kreissportbundes Warendorf e.V. und Zuhörer in der Sitzung, ergänzt, dass es teilweise schwierig sei, Personal zu finden.

Frau Schmelter berichtet zum EU-Schulobst- und –gemüseprogramm des Landes NRW. Sie regt Werbung dafür seitens des Gesundheitsamtes Warendorf an.

Frau Lummer verweist hier auf das Info-Portal „Gesund Aufwachsen im Kreis Warendorf“ auf der Internet-Startseite des Kreises. Dort ist unter anderem in der Rubrik „Aktuelles“ der Hinweis auf die Anmeldefrist für das EU-Schulobst- und –gemüseprogramm NRW erfolgt.

Herr Hövelmann regt an, bei den Projekten auch die Krankenkassen zu beteiligen. Beim Ernährungskonzept solle versucht werden, die Eltern mehr einzubinden, da die Erziehung vor allem auch zu Hause (Wochenende, Ferien) stattfindet.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass die Krankenkassen am Projekt Klasse2000 beteiligt seien.

An der Diskussion über den Bericht von Frau Lummer beteiligen sich des Weiteren Herr Steinkolk, Frau Schmelter, Herr Blömker und Frau Hohmann de Palma.

| | |
|---|-----------------|
| 3. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht | 216/2017 |
|---|-----------------|

Frau Klausmeier verweist auf die vor der Sitzung per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der statistischen Daten des Jobcenters (sh. Anlage 2):

- Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- Entwicklung des Zugangs und des Bestands an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- Entwicklung des Bestands an erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen
- Ausländische erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Nationalität,
- Entwicklung der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- Entwicklung der unter 15-jährigen Leistungsberechtigten
- Kinder nach der Dauer des SGB II-Leistungsbezuges
- Entwicklung der Langzeitleistungsbeziehenden und der Langzeitarbeitslosen
- Zugangsgründe im SGB II
- Abgangsgründe aus Leistungsbezug SGB II
- Integrationen
- Zielerreichung 2016
- Zielvereinbarung 2017
- Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit
- Kosten der Unterkunft und Heizung
- Mittelsituation 2016

Frau Klausmeier führt aus, dass die Anzahl der Anträge durch Flüchtlinge in den Folgemonaten noch steigen werde, da inzwischen der angefallene Antragsstau seitens des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge abgearbeitet werde.

Insbesondere für Flüchtlinge aus Syrien, Somalia, Iran, Irak und Eritrea sei die Anerkennungsquote sehr hoch. Inzwischen seien ca. 1.000 Bedarfsgemeinschaften in das SGB II übergegangen, mit weiteren neuen Flüchtlingen insbesondere in Ahlen sei zu rechnen.

Zur Folie 12 erklärt Frau Klausmeier, dass diese auf Wunsch in der letzten Sitzung erstellt wurde. Durch die seit 2016 stattfindende BG-Betreuung sei ein besserer Blick auf die ganze Familie möglich und z. B. eine frühzeitige Gewährung von Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Hinsichtlich der Mittelsituation 2016 (Folie 26) erklärt Frau Klausmeier, dass 92 % der Eingliederungsmittel verausgabt wurden. Wichtig sei die Finanzierung sinnvoller Maßnahmen betont sie, nicht allein die Höhe der verausgabten Mittel.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker zum Schlüssigen Konzept teilt sie mit, dass dieses zum 31.12.2016 überarbeitet wurde und ab dem 01.01.2017 gültig sei. Es sei auf der Internetseite des Jobcenters veröffentlicht.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Flüchtlinge eine große Herausforderung für das Jobcenter darstellen. Die Mitarbeiter berichten, dass die vorhandenen Deutschkenntnisse oft nicht für eine Arbeitsaufnahme ausreichen. Es sei jedoch eine hohe Motivation der Flüchtlinge zur Aufnahme einer Ausbildung oder Arbeit festzustellen.

An der Aussprache über den Bericht von Frau Klausmeier beteiligen sich Herr Schulte und Herr Stöppel.

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 4. | Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 für das Jobcenter Kreis Warendorf | 217/2017 |
|-----------|--|-----------------|

Herr Hanewinkel erläutert das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 für das Jobcenter Kreis Warendorf anhand einer Präsentation (Anlage 3). Die 2017 zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel seien ausreichend, führt er aus. Das Jobcenter müsste teilweise als Lotse auch für Angebote anderer Ämter fungieren.

Er weist darauf hin, dass die Zertifizierung des Jobcenters als Maßnahmeträger zum 01.04.2017 erfolgt, ab diesem Zeitpunkt können dann Maßnahmen wie z. B. Plan B in Eigenregie durchgeführt werden.

Zur Betreuung und Integration von Flüchtlingen teilt Herr Hanewinkel mit, dass das Flüchtlingsteam solange zuständig sei, bis Sprachbarrieren und sonstige Hindernisse der Flüchtlinge zur Arbeitsaufnahme abgebaut sind. Danach würden diese mit den übrigen Leistungsberechtigten in weitere Maßnahmen integriert.

Der Einstieg in die Förderung schwer zu erreichender junger Menschen solle mittels eines zielgerichteten Projekts im zweiten Halbjahr 2017 erfolgen. Hier sei ein enger Schulterschluss mit der Jugendhilfe erforderlich, betont Herr Hanewinkel.

Es liegt eine Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.03.2017 zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 vor.

Herr Hanewinkel beantwortet die Fragen. Die Antworten sind als Anlage 4 beigelegt.

Auf Nachfrage von Frau Mindermann zu den Handwerkerwochen in Ahlen erklärt Herr Hanewinkel, dass er die Daten in der Niederschrift nachreichen werde.

Ergebnis:

An drei durchgeführten Handwerkerwochen in Ahlen nahmen 17 Teilnehmer des Jobcenters teil. 5 Personen konnten anschließend eine Arbeit aufnehmen. 4 weitere Personen begannen eine Umschulung.

An der Diskussion über den Bericht von Herrn Hanewinkel beteiligen sich Frau Harrenberg-Vorländer, Herr Stöppel, Herr Dr. Börger, Herr Strübbe und Herr Hövelmann.

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2017 für das Jobcenter Kreis Warendorf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 5. | Konzept gegen den Fachkräftemangel: Erwerbstätigkeit von Frauen | 215/2017 |
|-----------|--|-----------------|

Frau Schlautmann stellt das Konzept gegen den Fachkräftemangel: Erwerbstätigkeit von Frauen anhand einer Präsentation (Anlage 5) vor.

Die Erstellung des Konzepts samt Titel sei als Projektauftrag aus dem KEP 2030 hervorgegangen.

Frau Mindermann bittet um Änderung des Titels. Ebenso sollte die Formulierung "Stille Reserve" in der Einleitung geändert werden.

Nach Diskussion wird der von Frau Harrendorf-Vorländer vorgeschlagene Titel "Chancen am Arbeitsmarkt – Erwerbstätigkeit von Frauen" angenommen.

Herr Börger sagt Streichung der Formulierung "Stille Reserve" zu.

An der Diskussion über das Konzept beteiligen sich daneben Herr Blömker, Frau Klausmeier und Frau Geiger.

| | | |
|-----------|--|-----------------|
| 6. | Entwurf des Rahmenkonzeptes "Quartiersentwicklung im Kreis Warendorf" | 214/2017 |
|-----------|--|-----------------|

Frau Hahnraht erläutert den Entwurf des Rahmenkonzeptes "Quartiersentwicklung im Kreis Warendorf". Für den Wunsch, im Alter auch bei Hilfe- und Pflegebedarf weiterhin zu Hause zu leben, bedürfe es einer bedarfsgerechten Gestaltung des Quartiers, der überschaubaren Wohnumgebung, in dem die Menschen leben.

Auftrag aus dem KEP 2030 sei die Schaffung eines attraktiven und lebenswerten Umfeldes für alle Bewohnerinnen und Bewohner. Im Pflegestärkungsgesetz III und Bundesteilhabegesetz sowie im Alten- und Pflegegesetz NRW sei ein verstärkter Quartiersbezug verankert.

Frau Hahnraht erläutert die Vorgehensweise zur Erstellung des Konzeptes. Gerade für die ambulante Versorgung stellen die verhältnismäßig großen Distanzen zwischen den Städten und Gemeinden des Kreises eine große Herausforderung dar.

Sie führt aus, dass die Verantwortung zur Umsetzung eines Quartiersprojektes in der Hand der Städte und Gemeinden liege. Der Kreis übernehme dabei eine aktivierende und koordinierende Rolle.

Herr Blömker erläutert den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.03.2017. Ziel sei es, das bürgerliche Engagement zu stärken.

Herr Stöppel sieht den Antrag als nicht zielführend an. Die Rolle des Kreises sei im Konzept klar definiert und ausreichend. Der seitens der SPD vorgesehene Auftrag gehe über das Rollenverständnis hinaus.

Herr Strübbe sieht den Kreis ebenfalls in einer beratenden, nicht in der durchführenden Position. Er weist darauf hin, dass das Konzept bereits in der Besprechung der Sozialamtsleiter und in der Konferenz für Alter und Pflege Zustimmung erhalten habe.

Herr Dr. Börger stellt fest, dass der Antrag nahezu vollständig im Konzept enthalten sei.

An der Diskussion zum Bericht von Frau Hahnraht und den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nehmen Herr Hövelmann, Frau Hohmann de Palma, Frau Lehnert und Herr Schulte teil.

Herr Strübbe lässt über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 08.03.2017 abstimmen:

Die Kreisverwaltung Warendorf wird beauftragt, auch die Durchführung einer "Lern- und Entwicklungswerkstatt" zur Stärkung nachbarschaftlicher Hilfen und weiteren bürgerschaftlichen Engagements im Kontext "ambulant vor stationär" zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 7 Stimmen

Nein 6 Stimmen

Herr Strübbe lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Der vorgelegte Entwurf des Rahmenkonzeptes „Quartiersentwicklung im Kreis Warendorf“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 12 Stimmen

Enthaltung 1 Stimme

| | | |
|----|---|-----------------|
| 7. | Ausbau der zugehenden Beratung für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen/Stärkung des Ziels "ambulant vor stationär" | 218/2017 |
|----|---|-----------------|

Frau Middendorf erläutert einleitend, dass drei Mitarbeiterinnen mit insgesamt zwei Stellen für das Projekt der zugehenden Beratung eingestellt wurden.

Die finanziellen Auswirkungen mit einer Kosteneinsparung in Höhe von 211.107 € belegten eindrucksvoll, dass das Projekt greife.

Frau Middendorf weist jedoch darauf hin, dass als Ziel des Projekts nicht die Einsparung, sondern die Ermittlung der notwendigen Bedarfe im Rahmen eines Hausbesuchs im Vordergrund stehe. Eine Erhöhung der bisher bewilligten Leistungen sei insofern auch möglich.

Frau Baldus erläutert zwei Beispiele aus der Praxis.

Der Kontakt zu den Hilfesuchenden werde u. a. durch Krankenhäuser, soziale Dienste und Betreuer hergestellt. Zudem würden Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger aufgesucht, die Anträge auf Bewilligung ambulanter Hilfe zur Pflege gestellt haben oder bereits Hilfe erhalten. Wichtig sei es, Personen aus dem Umfeld der Hilfesuchenden mit einzubeziehen. Abschließend betont Frau Baldus, dass das Projekt sehr positiv aufgenommen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker teilt Frau Middendorf mit, die Hilfebedürftigen auch nach den Beratungsgesprächen weiterhin im Blick zu behalten würden. Ziel sei es, diese einmal jährlich aufzusuchen.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 12.55 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitz

Schriftführer